



im Auftrag der

Die Stimme der
Gemeinnützigen
IGO

Kurzfassung

Dr. Bernhard Drumel, unter Mitarbeit von Mag.^a Romy Grasgruber

November 2012



*'The idea of civil society remains compellingbecause it speaks to the best in us – the **collective, creative and values-driven core of the active citizen** - calling on the best in us to respond in kind to create societies that are just, true and free.'* (Michael Edwards)

Einleitung

Dieser Report soll Licht auf jene Errungenschaften zum Wohle unserer Gesellschaft werfen, die ohne zivilgesellschaftliches Engagement nicht oder nicht in diesem Ausmaß erzielt worden wären.

Er soll jenen Menschen einen besseren Überblick geben, die kein klares Bild von der politischen Wirkung zivilgesellschaftlicher Initiativen haben. Er soll jenen Mut machen, die seit Jahren und Jahrzehnten unermüdlich um eine gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft in Österreich ringen und jenen, die sich in Zukunft stärker engagieren wollen.

Entstanden ist dieser Bericht weitestgehend auf Basis einer Reihe von Interviews und Workshops mit wichtigen ProtagonistInnen von Advocacy-Organisationen und ExpertInnen¹ aus der organisierten Zivilgesellschaft²

Dieser Report erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und zeigt nur eine exemplarische Auswahl von politischen Erfolgen. Erfasst wurden vor allem politische Erfolge im Sozial-, Menschenrechts-, Umwelt- und Tierschutzbereich. Wesentliche Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Demokratie oder internationale Armutsbekämpfung könnten in einem nächsten Bericht mit aufgenommen werden.

Erfolge sind genauso relativ wie ein Glas halb voll oder halb leer ist. Einerseits können die Erfolge der einen die Misserfolge der anderen sein³. Zum andern liegen in vielen der angesprochenen Bereiche Anspruch der Zivilgesellschaft und Realität auseinander. In allen angesprochenen Bereichen besteht weiterer Handlungsbedarf, vielfach, weil die Politik zu zögerlich agiert oder schlichtweg eine andere Agenda hat. Dies soll aber die erzielten Fortschritte nicht schmälern, ganz im Gegenteil: in einigen Fällen ist es erstaunlich, dass bei so starkem Gegenwind seitens entgegenlaufender Interessen überhaupt etwas bewirkt werden konnte.

Vor allem soll der Bericht zum Lernen einladen, wie in zukünftigen politischen Auseinandersetzungen der Einfluss der Zivilgesellschaft erhöht werden kann, im besten Verständnis von Politik: dem gemeinsamen Ausverhandeln von Werten im Sinne des Gemeinwohls. Diese Erfolgsbilanz macht klar, dass zivilgesellschaftliche Initiativen einen zentralen Beitrag dazu leisten können und wohl nicht übergangen werden dürfen.

¹ Zwanzig Interviews, drei Workshops, im Zeitraum zwischen April und Oktober 2012

² Zivilgesellschaft wird hier - nach Michael Edwards - in dreifachem Sinne definiert: 1. **als organisiertes Leben außerhalb von Staat und Markt**, 2. **als öffentlicher politischer Raum** (Arena für gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen und Überlegungen), 3. **als ‚Wertegemeinschaft‘** (Eine erstrebenswerte soziale Ordnung, definiert in Begriffen wie Diversität, Offenheit, Nicht-Diskriminierung, Gewaltlosigkeit, Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Menschenwürde, Freiheit und Demokratie, Nachhaltigkeit/Zukunftsfähigkeit)

³ siehe Fußnote 1 (Wertegemeinschaft). Wer andere Werte in den Mittelpunkt stellt, wird eine andere Erfolgssicht haben.

Zusammenfassung

In den letzten beiden Dekaden haben es Organisationen und Initiativen aus der Zivilgesellschaft geschafft, unsere Gesellschaft positiver zu gestalten. Neben ganz konkreten Leistungen, wie Hilfestellungen für benachteiligte Menschen, haben sie auch durch politische Advocacy Arbeit im Sinne der Grund- und Freiheitsrechte und gemeinsamer Werte konkrete Erfolge erzielt.

Dies wurde zum Großteil gegen den Willen der regierenden Kräfte in der Politik erreicht– und zum Teil auch, indem öffentliches Bewusstsein für tabuisierte Themen geschaffen wurde. Vielfach in Allianzen innerhalb des Sektors, zum Teil in Kooperation mit fortschrittlichen Kräften in der Wirtschaft oder anderen gesellschaftlichen AkteurInnen und vielfach mit Medien als Verstärkern und Multiplikatoren.

Einige Beispiele für maßgebliche Erfolge:

1. Ethisches Konsumverhalten

In den letzten 20 Jahren ist ethischer Konsum - in Verbindung mit gesunder Ernährung - in den Mainstream des öffentlichen Bewusstseins gerückt und hat dadurch eine Marktmacht entwickelt, die konkrete Veränderung in der Produktion und im Handel erzwungen und/oder diese profitabler gemacht hat.

Erfolgsbeispiele:

- 🕒 **Käfigeierverbot:** Die EU hat konventionelle Käfighaltung gemäß Richtlinie 1999/74/EG ab 1. Jänner 2012 verboten. Über Druck einer Allianz von Tierschutzorganisationen, Produzenten und Handel hat Österreich in Sachen artgerechter Hühnerhaltung eine Vorreiterrolle eingenommen und diesen Schritt schon 2009 gesetzt.
- 🕒 **Gentechnikfreie Produkte,** Der öffentliche Druck, der durch das von 1,2 Mio Menschen unterstützte Gentechnik-Volksbegehren (1997) aufgebaut werden konnte, hält an: In Österreich gibt es de facto weiterhin keinen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Auch finden sich keine gentechnisch veränderten Lebensmittel in den Supermarktregalen. Letzter Erfolg im noch immer umstrittenen Feld von gentechnisch veränderten Futtermitteln: Ende 2011 haben die größten heimischen Supermarktketten angekündigt, auf Hühnerfleisch aus gentechnikfreier Fütterung umzusteigen.
- 🕒 **FAIRTRADE:** 2011 wurden in Österreich FAIRTRADE-Produkte im Wert von 100 Millionen Euro umgesetzt.
- 🕒 **Clean Clothes:** Aufgrund der Kampagne und des Drucks zehntausender KonsumentInnen führten führende Unternehmen (Switcher, Mammut, H&M, Esprit) Verhaltenskodizes und deren interne Kontrolle ein. Neben den konventionellen Anbietern gibt es mittlerweile über 100 öko-faire Modealternativen.⁴

⁴ Mehr zu den Alternativen: www.wearfair.at

2. Umwelt-und Klimaschutz

Seit in den Siebziger Jahren das Umwelt- und Klimathema virulent wurde, haben Organisationen, WissenschaftlerInnen und Publizisten die wesentlichen Impulse gesetzt, welche die herrschende Politik zum Handeln bewegt hat. Begonnen hat dies mit den Auseinandersetzungen in Zwentendorf und Hainburg und fortgesetzt mit der Ausverhandlung von Ressourcenkonflikten und Verteidigungskämpfen zur Erhaltung letzter Naturschätze in den Achtziger- und Neunziger Jahren.

In den letzten 15 Jahren war die notwendige Energiewende zur Eindämmung des Klimawandels das bestimmende Thema in der Umweltdebatte. Während die Reduktion von Emissionen noch immer nicht zufriedenstellend vorangeht, haben sich in den folgenden Themen konkrete Fortschritte ergeben:

Erfolgsbeispiele:

- 🕒 **Atomstromfreies Österreich:** Aufgrund jahrelangen Drucks seitens der Umweltorganisationen und lokaler Initiativen konnte bei einem Energiegipfel im April 2012 zwischen Umweltorganisationen, Energiewirtschaft und Bundesregierung ein Bekenntnis zur zukünftigen Atomstromfreiheit Österreichs vereinbart werden. In Zukunft soll jede Kilowattstunde Strom, die nach Österreich importiert wird, mit Herkunftszertifikaten belegt werden. Die Energieunternehmen verpflichten sich dabei, auf den Bezug von Atomstromzertifikaten zu verzichten.
- 🕒 **Energiewende:** Das im Jahr 2011 novellierte Ökostromgesetz ermöglicht einen raschen Ausbau von Wind, Sonne und Biomasse. Die Erhöhung des Förderdeckels auf 50 Millionen Euro für den Zubau von Ökostromanlagen soll Österreich ein Stück weit aus der Abhängigkeit von Stromimporten führen.
- 🕒 **Verkehr:** Bei allem, was in der Verkehrspolitik noch immer im Argen liegt: Durch anhaltende Bewusstseinsarbeit von nationalen und vielen lokalen Initiativen konnte der Radverkehrsanteil seit dem Jahr 2005 in Österreich verdoppelt werden, in Ballungsräumen der Autoverkehr stagniert seit dem Jahr 2003, die Lkw-Maut wurde im Jahr 2004 und die Flugverkehrsabgabe im Jahr 2010 eingeführt.⁵

3. Gewaltschutz

Gewalt in der Familie betrifft v.a. Frauen und Kinder aller Altersstufen, aller Gesellschaftsschichten und Kulturen. Vertreterinnen der Frauenhäuser und anderer Initiativen ist es mit zu verdanken, dass in Österreich das Gewaltschutzgesetz eingeführt wurde (1997, abgelöst 2009 durch das "Zweite Gewaltschutzgesetz").

Erfolgsbeispiele:

- 🕒 **Gewalt in der Familie** wird nicht mehr als „Kavaliersdelikt“ behandelt, sondern ernst genommen. In den 15 Jahren seit Bestehen des Gesetzes wurden von der Polizei mehr als 73.900 Wegweisungen durchgeführt. Allein im Jahr 2011 wurden von den neun Gewaltschutzzentren und Interventionsstellen in Österreich über 15.500 Opfer betreut.
- 🕒 Nach lang anhaltendem Druck einer breiten Allianz Netzwerk Kinderrechte konnte 2011 ein **BVG-Kinderrechte** erreicht werden, das auf der UN-Kinderkonvention aufsetzt. Das Netzwerk Kinderrechte Österreich mit 36 Mitgliedsorganisationen hat einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet.
- 🕒 Die **Öffentlichkeit wurde sensibilisiert** durch das Aufdecken und Aufarbeiten zahlreicher Skandale von Gewalt und Missbrauch von Kindern in Institutionen (Schulen, Heimen etc). Und selbst die ‚G’sunde Watschn‘ stößt nunmehr auf öffentliche Kritik.

4. Gleichbehandlung

Bei der **Gleichbehandlung von Frauen** hat es in den letzten Jahren neben einigen Fortschritten (z.B. die Umsetzung von Frauenquoten im öffentlichen Dienst durch die Novelle des Bundesgleichbehandlungsgesetzes letztes Jahr) auch Stagnation und zum Teil Rückschritte gegeben⁶.

Bei den **Rechten behinderter Menschen** hat im letzten Jahrzehnt ein Paradigmenwechsel eingesetzt, der auch Österreich erreicht hat. In Recht und öffentlicher Debatte beginnt sich das Bild zu verbreiten, dass behinderte Menschen nicht auf Mitleid angewiesen sind, sondern individuell durchsetzbare Rechte haben und diesen Anspruch inmitten der Gesellschaft wahrnehmen wollen.

Die UN-Behindertenrechtskonvention, die seit 2008 auch in Österreich umgesetzt wird, hat neue internationale Standards gesetzt – als eine der ersten Konventionen, wo die Zivilgesellschaft in Gestalt vieler Behindertenorganisationen massiv mitgestaltet hat.

6 (siehe letzter Schattenbericht zur UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau - CEDAW)

Seit den Siebziger Jahren kämpfen Organisationen für die Rechte von **Lesben und Schwulen** in Österreich. Einige wesentliche Erfolge, die durch ausdauernder Lobbying- und Bewusstseinsarbeit erzielt wurden:

- Gesetzlicher Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung in der Arbeitswelt durch das Gleichbehandlungsgesetz und Bundesgleichbehandlungsgesetz 2004
- 2009: Umsetzung der Eingetragenen Partnerschaft per 1. Jänner 2010
- 2011: Ausweitung des Verhetzungsverbots im § 283 StGB auf Verhetzung wegen sexueller Orientierung

5. Armutsbekämpfung

In Österreich ist heute jeder Achte armutsgefährdet⁷. Vor 20 Jahren war Armut in Österreich weder ein öffentliches noch ein politisches Thema.

Über die österreichweite Armutskonferenz und viele Initiativen auf politischer und praktischer Ebene formierte sich ein breites und buntes Bündel von zivilgesellschaftlichen Kräften. Über diese Initiative konnten folgende öffentliche und politische Erfolge erzielt werden.

Erfolgsbeispiele:

- 🕒 **Erhöhung des öffentlichen Bewusstseins:** Über Armut in Österreich kann gesprochen werden. Sie wird nicht mehr tabuisiert.
- 🕒 Die **Mindestsicherung** (2011 in Oberösterreich als letztes Land eingeführt) hat Verbesserungen gebracht. So werden alle nicht krankenversicherten Bezieher in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen, und Alleinerzieher erhalten höhere Leistungen. Für Existenzsicherung wird im österreichischen Sozialstaat seit Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung mehr ausgegeben als zuvor. Aber neben Verbesserungen gibt es viele ungelöste Probleme (Wohnkosten nicht gelöst, Vollzug am Amt, Schnittstelle zum Arbeitsmarkt, nicht bundeseinheitlich).
- 🕒 **Praktische Manifestation:** Konkrete Projekte und Dienstleistungen, Delegierungsprävention, Kulturpass, Straßenzeitung, Girokonten. Licht ins Dunkel,

⁷ http://www.bmask.gv.at/site/Soziales/Allgemeine_Sozialpolitik/Sozialberichte/Sozialbericht_2009_2010

6. Anti-Rassismus

Anti-Rassismus-Arbeit hat zum Ziel, Diskriminierung aufgrund von kulturellen Merkmalen wie Herkunft, Hautfarbe oder Religion zu verhindern.

Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern seit langem die Gleichbehandlung aller in Österreich lebenden Menschen.⁸

Erfolgsbeispiele:

- 🕒 **Lichtermeer:** Das Lichtermeer gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und gegen ein von der FPÖ initiiertes Volksbegehren wurde am 23.1.1993 mit mehr als 300.000 TeilnehmerInnen zur größten zivilgesellschaftlichen Kundgebung der 2. Republik.
- 🕒 **Anti-Rassismus-Trainings für PolizistInnen:** Seit 2001 werden PolizistInnen im Zuge der Ausbildung dazu verpflichtet, an einem Anti-Diskriminierungs-Training teilzunehmen. Der Menschenrechtsbeirat evaluiert die Ausbildung von PolizistInnen.
- 🕒 **Bekämpfung von Rassismus in Sprache und Kultur:** Zivilgesellschaftliche Organisationen beraten von Rassismus betroffene Menschen und verhelfen diesen zu ihrem Recht. Durch Berichte wie den Anti-Rassismus-Report von ZARA werden rassistische Übergriffe und Vorkommnisse in Österreich dokumentiert und aufgedeckt. Durch Initiativen wie "Rassismus Streichen" verschwanden tausende rassistische Schmierereien aus dem öffentlichen Raum Wiens.

7. Migration- und Fremdenrecht

Internationale Migration hat in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich zugenommen. In Österreich wird sie durch das österreichische Fremdenrecht geregelt. Das Fremdenrecht entscheidet über den Aufenthaltstitel von Menschen, über ihre Rechte und darüber ob sie in Österreich bleiben dürfen oder nicht.

Erfolgsbeispiele:

- 🕒 Aufgrund des permanenten Drucks der Zivilgesellschaft ist es gelungen, ein **Bleiberecht in Österreich** zu erwirken. Anfang 2014 wird eine Regelung in Kraft treten, die in Österreich lebenden Personen nach 5-jährigem durchgängigen Aufenthalt (mindestens drei Jahre davon rechtmäßig) unter bestimmten Voraussetzungen einen Aufenthaltstitel gewährt, selbst wenn bereits ein aufenthaltsbeendendes Verfahren läuft. Damit wird die Situation für hunderte Drittstaatsangehörige verbessert. Wegen mangelnder Rechtssicherheit bleibt die Regelung hinter den Forderungen von NGOs zurück.
- 🕒 **Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen:** Verschärfungen im Fremden-

⁸ Anti-Rassismus-Arbeit ist eine Querschnittsmaterie, und betrifft daher auch die in diesem Bericht angeführten Punkte „Migration und Fremdenrecht“ sowie den Bereich „Menschenrechte/Grundrechte“.

und Asylrecht kennzeichnen die politische Entwicklung der letzten Jahre. Zivilgesellschaftlichen Organisationen ist es gelungen, durch Protest und das Aufzeigen menschenrechtswidriger Konsequenzen von Gesetzen, die härtesten Regelungen undurchführbar zu machen.

- 🕒 Schulklassen, Nachbarn, Sportvereine haben durch ihren Einsatz für AsylwerberInnen **zahlreiche Abschiebungen verhindert**.
- 🕒 Mit einer großangelegten Kampagne für das Recht auf Arbeit für AsylwerberInnen ist 2012 zumindest ein erster Schritt, nämlich die **Wiedereinführung der Lehre für AsylwerberInnen unter 18 Jahren** gelungen.
- 🕒 Als zwei kleine Zwillingmädchen im Herbst 2010 von ihrer kranken Mutter getrennt und abgeschoben werden sollten, löste dies einen Protestschrei in der Zivilbevölkerung aus, In verschiedenen Initiativen ⁹ wurde sowohl die teilweise Einführung der Kinderrechte in die Verfassung erreicht, als auch ein humaner und rechtsstaatlichen Umgang mit Flüchtlingen und speziell Flüchtlingskindern zum Thema gemacht.

8. Menschen- und Grundrechtsschutz

Amnesty international fordert in seinem Jahresbericht 2012¹⁰, dass jedem Grundrechtseingriff ein Mehr an Rechtsschutz beigegeben werden muss. Vor allem das Asyl- und Fremdenrecht, des Sicherheitspolizeigesetz und die Vorratsdatenspeicherung werden in diesem Zusammenhang als unverhältnismäßig kritisiert.

Erfolgsbeispiele:

- 🕒 Unmittelbar nach dem Tod des nigerianischen Schubhäftlings Marcus Omofuma am 1. Mai 1999 wurde der **Menschenrechtsbeirat** eingerichtet, im wesentlichen nach einem Konzept, das bereits seit Jahren von einem Netzwerk von Initiativen und Organisationen entwickelt worden war. Insgesamt 375 Empfehlungen hat der Menschenrechtsbeirat seit seiner Gründung 1991 an das Innenministerium gerichtet, Stellungnahmen zu Entwürfen von Bundesgesetzen abgegeben und Vorschläge zu Änderungen der Praxis der Sicherheitsbehörden eingebracht. Außerdem haben sechs Kommissionen über 5.000 Besuche und Beobachtungen bei Dienststellen der Bundespolizei, in Polizeianhaltezentren und bei Demonstrationen und Razzien durchgeführt.
- 🕒 **§ 209 StGB:** Nach langjährigen Kampagnen gegen die gesetzliche Ungleichbehandlung von Schwulen konnte im Jahr **2002 die Abschaffung des diskriminierenden Paragraphen erreicht werden**.

⁹ Z.B. 'Initiative gegen Unrecht', mobilisierte 116.000 Menschen und mehr als 75 Organisationen

¹⁰ http://www.amnesty.at/informiert_sein/jahresbericht/

- ⌚ Sechs Jahre nachdem **Bakary J.** von Polizisten in einer Lagerhalle gefoltert worden war, wurden die beteiligten Polizisten endlich rechtskräftig entlassen.
- ⌚ Das "**Projekt Polizei macht Menschenrechte**" bringt ein anderes polizeiliches Selbstverständnis zum Ausdruck und hat innerhalb der Institution zumindest teilweise zu Bewusstseinsänderung geführt. Die im Kapitel Gewaltschutz angeführte gestiegene Zahl von Wegweisungen könnte eine der positiven Folgen davon sein.

9. Gerechterer Rahmen für eine globalisierte Wirtschaft

Auch wenn die realpolitische Umsetzung einer demokratischen und sozial gerechten Gestaltung der globalen Wirtschaft derzeit leider an den Machtverhältnissen und der Mutlosigkeit der politischen Eliten scheitert, haben sich – mit zivilgesellschaftlichen Bewegungen als Treiber und der Finanzkrise als Verstärker – einige zentrale Forderungen, die in den 90iger Jahren noch exotisch wirkten, in den Mainstream der politischen Debatte bewegt.

Erfolgsbeispiele:

- ⌚ Die Verhandlungen um eine Ausweitung von **Freihandelsabkommen in der Welthandelsorganisation WTO** (Doha-Runde), in die auch das Dienstleistungsabkommen GATS eingebettet ist, sind nicht zuletzt auch aufgrund des massiven gemeinsamen internationalen Protestes von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Initiativen, Gewerkschaften und anderen zum Stillstand gekommen.
- ⌚ Der Protest gegen die **Privatisierung und Liberalisierung** von öffentlichen Dienstleistungen trug konkrete Früchte - etwa im Falle der geplanten Privatisierung der Energie AG in Oberösterreich 2007 oder der Verhinderung von Cross Border Leasing in Salzburg. Heute reagiert die Öffentlichkeit deutlich sensibler auf geplante Privatisierungen.
- ⌚ Die **Finanztransaktionssteuer**, zu Beginn noch Tobin-Tax, war eine der Gründungsideen von Attac in den frühen Neunziger Jahren. Sie wird nun von zahlreichen Regierungen gefordert. Viele weitere Vorschläge (Schließung von Steueroasen, Abschaffung des Bankheimnisses, Schutz öffentlicher Güter) werden breit diskutiert.

Gemeinschaftliche Erfolgsfaktoren:

Wie konnten diese Erfolge erreicht werden? Einige durchgehende Muster und Hebel konnten beobachtet werden:

- 🕒 **Informationsvorsprung/schlüssige Konzepte** (z.B. Menschenrechtsbeirat)
- 🕒 **Öffentlicher Rückhalt** (z.B. Gentechnik-VB oder Atomstromfreiheit, Käfigeier-verbot)
- 🕒 **Das Nutzen von Anlassfällen** (z.B. Arigona Zogaj - Bleiberecht)
- 🕒 **Druck über internationale Entwicklungen/Vereinbarungen**, die in Österreich umzusetzen waren (UN-Kinder-, Frauen- und Behindertenrechtskonventionen, Schattenberichte)
- 🕒 **Langandauernde Anstrengungen**, vielfach in mühsamen, zermürbenden Konfrontationen mit entgegenwirkenden treibenden Kräften (z.B. Anti-Rassismus oder Asyl, Verkehr) und
- 🕒 im Großteil dieser Initiativen, ein gehöriger Schuss **Kreativität**, um Druck zu steigern und Aufmerksamkeit zu erhöhen.

Paket zur Stärkung der Zivilgesellschaft: (4-Säulen-Modell)

Die Qualität der Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft in Österreich kann als leicht „unterkühlt“ definiert werden, auch im Vergleich mit unseren deutschsprachigen Nachbarländern¹¹:

Der demokratische Raum zur Betätigung und Artikulation ist grundsätzlich vorhanden, aber mehr geduldet als gefördert. ¹²a, zum Teil sogar kriminalisiert (z.B. der sog. Tierschützerprozess rund um § 278a StGB, Festnahmen von StudentInnen bei ‚Uni brennt‘ etc.).

Politische Parteien (mit Ausnahme vielleicht der Grünen, die noch ‚frischere‘ Wurzeln in diesem Sektor haben) scheinen Initiativen der Zivilgesellschaft oft als notwendiges Übel zu sehen. Ein klares Bild oder eine Vision der Zivilgesellschaft scheint in keinem Parteiprogramm auf.

Die Zivilgesellschaft ist derzeit in politische Entscheidungsprozesse strukturell kaum eingebunden („Prekäre“ Institutionalisierung). Wie können politische

¹¹ diese Zustandsbeschreibung (Zivilgesellschafts-Thermometer) bräuchte eine zusätzliche tiefergehende Analyse, ev. auch im internationalen Vergleich.

¹² Heinz Patzelt, Amnesty International, bei der Vorstellung des Menschenrechtsberichts 2012: „Wir beobachten seit einiger Zeit eine Abkehr vom klassischen Rechtsprinzip ‚Was nicht gesetzlich verboten ist, ist erlaubt‘ zu einem ‚Was der Staat nicht ausdrücklich gestattet, ist jedenfalls verdächtig‘“

Entscheidungsprozesse neu gestaltet werden, so dass sie Transparenz, Partizipation und Mitentscheidung ermöglichen?

Aus den Interviews und Workshops mit Schlüsselpersonen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen scheint sich folgendes **Vier-Säulen-Modell**¹³ zur Stärkung der Zivilgesellschaft herauszukristallisieren, mit folgenden Elementen:

1. **Klares Bekenntnis/Verständnis seitens Politik und anderer Träger der Gesellschaft für eine aktive Zivilgesellschaft**
 - 🕒 Bekenntnis zu einer aktiven, lebendigen Zivilgesellschaft in den Parteiprogrammen
 - 🕒 Ähnliche Bekenntnisse seitens Medien, Wirtschaft und Industrie, Gewerkschaft, Kirchen etc..
 - 🕒 Keine Kriminalisierung: Entfernungs/Adaptierung von Gesetzesbestimmungen, die das Recht auf Widerstand beschränken wie z.B. §§278a („Mafiaparagraph“).
2. **Erhöhte Mitgestaltung**

(z.B. standardisierte politische Entscheidungsprozesse (z.B. Ausbau Parteistellung in Verfahren/Partizipationsrechte), institutionelle Verankerung der Zivilgesellschaft in Regierung oder Parlament (z.B. verpflichtende Ausschüsse/Enqueten)
3. **Stärkung der Unabhängigkeit des Sektors**

(z.B. neue Finanzierungsmodelle wie die Reform des Stiftungswesen mit einer stärkeren Begünstigung der Gemeinnützigkeit oder das in östlichen Nachbarstaaten verwendete Modell, dass Menschen 1-2% der Einkommensteuer zivilgesellschaftlichen Organisationen zukommen lassen können)
4. **Massive Investition in ‚Active Citizenship‘**

(z.B. gezielte Initiative zur Ermutigung von Menschen sich zu engagieren, ev. in Kooperation mehrerer Träger der Gesellschaft (v.a. Politik, Medien, Wirtschaft, Gewerkschaft, Kirche), v.a. in Schulen (und bereits Kindergärten) in Richtung politische Alphabetisierung und Stärkung von Werten wie Zivilcourage, bessere Rahmenbedingungen für Freiwilligenarbeit, zivilgesellschaftlicher Preis für herausragendes zivilgesellschaftliches Engagement etc).

¹³ Dieses Vier-Säulen-Modell soll in den nächsten Wochen noch weiter entwickelt werden und als Grundlage für politische Verhandlungen und mögliche sektorenübergreifende Allianzen dienen.